

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit am Donnerstag, dem 21. März 2019, um 18.00 Uhr, im Regionalen Bürgerzentrum, Saal 1, Am Markt 2, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

stellv. Ausschussvorsitzende:	Stadtvertreterin Dreßler
Weitere Ausschussmitglieder:	Stadtvertreter Martin Hartig in Vertretung für Stadtvertreterin Carina Rossbach Stadtvertreterin Christiane Reuter Stadtvertreter Andreas Klauder in Vertretung für Stadtvertreter Hans-Jürgen Bsdenga, Bürgerliches Mitglied Elsbeth Prange in Vertretung für Stadtvertreter Arvid Hagge Stadtvertreter Heiko Müller Stadtvertreterin Eveline Knarr Bürgerliches Mitglied Svetlana Gussew Stadtvertreterin Sonja Schaedla
Protokollführerin:	Frau Kirsten Albert-Thomsen
Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder:	Stadtvertreterin Carina Rossbach Stadtvertreter und Ausschussvorsitzender Arvid Hagge
Andere Anwesende:	Bürgermeister Rainer Hinrichs, Herr Matthias Hoffmann (Verwaltung), Herr Peter Schwedt (Verwaltung), Herr Oliver Horn (Verwaltung), Herr Lars Görges (Verwaltung), Gleichstellungsbeauftragte Frau Petra Simon, Personalratsvorsitzende Frau Manuela Scharunge, Bürgervorsteherin Maike Wilken, Stadtvertreter Konstantinos Wensierski, Stadtvertreter Michael Huep, Stadtvertreter Walter Reichelt, Frau Silke Cleve (HHS), Herr Stefan Ziervogel und Frau Sawallisch (ALS), Frau Helga Pleep (Seniorenbeirat), Frau Wilhelm und Frau Schauer-Roggenbach (KG-Leitung)
Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teil- nehmer:	--
Zuhörerinnen und Zuhörer:	9

Die stellv. Vorsitzende, Stadtvertreterin Dreßler eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit beschlussfähig ist.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 04.12.2018
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule
5. Kindertagesbetreuung
 - 5.1 Bedarfsplanung
 - 5.2 Umsetzung der Kita-Strategie-Standortplanung-
 - 5.3 Sachstand zur Neuordnung der Kita-Finanzierung SH
6. Anschreiben/Eingabe vom 21.02.2019 zum Wirken des Dichters Gustav Frenssen in der Zeit des Nationalsozialismus
7. Antrag der CDU-Fraktion zur Jugendbeteiligung
8. Anträge der SPD-Fraktion zur Jugendarbeit und Jugendbeteiligung
9. Benennung der Erschließungsstraße im westlichen Bereich des B-Planes 52 "Am Dolmen"

Nichtöffentlicher Teil:

10. Personalangelegenheit

Öffentlicher Teil:

11. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
12. Informationen

13. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Zu 1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Von den anwesenden Ausschussmitgliedern werden keine Ausschließungsgründe nach § 22 GO mitgeteilt.

Zu 2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 04.12.2018

Stadtvertreterin Knarr hat folgenden Einwand erhoben:

Zu 17.

Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder muss es richtig lauten:

Stadtvertreterin Frau Knarr fragt an, ob es möglich sei, den Trakt B (ehemalige Klaus-Groth-Schule) als Interimslösung statt eines Abrisses beizubehalten und als Grundschule weiter zu nutzen, um den Trakt E kleiner und damit kostengünstiger bauen zu können. Die Verwaltung weist darauf hin, dass man sich seinerzeit wegen der erheblichen Gebäudemängel und des mangelhaften energetischen Zustandes für die Aufgabe dieses Standortes entschieden hat.

Weitere Einwende liegen nicht vor.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 04.12.2018 wird entsprechend ergänzt und genehmigt.

Zu 3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen

Einwohnerinnen und Einwohner stellen keine Anfragen, machen keine Vorschläge und geben keine Anregungen.

Zu 4. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule

Zu a) Verfahrensstand zum Gutachten zur Feststellung der Wirtschaftlichkeit einschließlich Nutzwertanalyse

Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage und begrüßt Herrn Schultze-Rhonhof von der Kommunalberatungsfirma DKC mit der Bitte, seine Wirtschaftlichkeitsanalyse vorzustellen.

Herr Schultze-Rhonhof erklärt und analysiert detailliert die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügte Wirtschaftlichkeits- und Nutzwertanalyse und gibt zu bedenken, dass jede Bauverzögerung zu Preissteigerungen durch immer höher werdende Baukosten führen wird. Im Ergebnis der dargestellten Wirtschaftlichkeitsanalyse zeichnet sich eindeutig die Variante 2 „Abbruch und Neubau“ als wirtschaftlichste Variante ab.

Die Nutzwertanalyse weist ebenfalls die maximale Punktzahl für die Variante 2 auf. In der Zusammenführung der wirtschaftlichen und qualitativen Bewertung erreicht die Variante 2 „Abbruch und Neubau“ somit den ersten Rang und wird von DKC aufgrund der qualitativen Bewertung in der Nutzwertanalyse deutlich vorteilhafter und damit zur Umsetzung empfohlen.

Es erfolgt der Hinweis, dass die Variante 0: Sanierung des Gebäudetraktes E einen Aufwand darstellt und damit eine Kreditaufnahme ausschließt.

Auf die Frage nach der Einschätzung eines möglichen Baumaßnahmenbeginns teilt Herr Horn mit, dass die 30-monatige Vorbereitungs- und Planungsphase sehr großzügig angesetzt worden ist und innerhalb dieser Zeit mit dem Maßnahmenbeginn zu rechnen ist.

Zu b) Sachstand zu den vergaberechtlichen Bedingungen der Neubauplanung
Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Zu c) Sachstand zur Schulhofplanung
Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Zu d) Sachstand zur Verkehrssituation am geplanten Grundschulzentrum
Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage.
Stadtvertreter Hartig bittet, seine Anmerkung zur Ergänzung der Sitzungsvorlage der Niederschrift beizufügen. Die Anmerkung wird als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu e) Sachstand zu den haushaltsrechtlichen Voraussetzungen
Die stellv. Vorsitzende Dreßler verweist auf die Vorlage. Stadtvertreter Hartig gibt bekannt, dass die SPD ihre Zustimmung zur Aufhebung des Sperrvermerkes für die im Haushaltsplan 2019 veranschlagten Haushaltsmittel für Planung, Abriss und Neubau des Grundschulzentrums und für die eingestellten Verpflichtungsermächtigungen nicht erteilen wird.

Nach eingehender Diskussion wird im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung einmütig festgehalten, dass die Empfehlung für eine Aufhebung des Sperrvermerkes nur unter der Voraussetzung erfolgt, dass die Verwaltung mit Hilfe von DKC eine Gesamtkostenbetrachtung des Haushaltes vornimmt, in der die Haushaltsbelastungen der Folgejahre, die Finanzierung aller Baumaßnahmen und die Unterhaltung aller städtischen Einrichtungen für die Folgejahre überprüft und dargelegt werden.

Zu f) Zusammenfassung der unter a) bis e) dargestellten Einzelbetrachtungen

Der Ausschuss fasst mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Da eine Sanierung des Traktes E des künftigen Grundschulzentrums sowie der angrenzenden Aula unwirtschaftlich wäre, sind diese Gebäudeteile abzureißen und durch entsprechende Neubauten zu ersetzen. In den Abriss ist auch der Gebäudeteil mit der ehemaligen Hausmeisterwohnung einzubeziehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Planung eines Neubaus notwendige europaweite Ausschreibung mit Unterstützung externer Fachfirmen durchzuführen und auf der Grundlage der Ergebnisse des Ausschreibungsverfahrens den Planungsauftrag zu erteilen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende

Beschlussempfehlung für die Stadtvertretung:

Der Sperrvermerk der für Planung, Abriss und Bau des Grundschulzentrums im Finanzplan des Haushaltes 2019 unter 21110.0900000, Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen, eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 2.155.000,00 € und für die eingestellten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.160.000,00 € für 2020 sowie 4.122.000,00 € für 2021 wird aufgehoben.

Zu 5. Kindertagesbetreuung

Zu 5.1 Bedarfsplanung

Zu 5.1.1 Kindergärten und Kindertagespflege

Die stellv. Vorsitzende Dreßler verliest die Vorlage und bittet um weitere Wortmeldungen. Seitens der Verwaltung wird ergänzt, dass entgegen aller Erwartungen das erwartete Defizit in der U3 Betreuung nicht eingetroffen ist und alle Familien zufriedenstellend bedient werden konnten. Trotz erheblicher Zuzüge in den letzten 5 Jahren sind die Kindergärten gut aufgestellt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 5.1.2 Grundschulbetreuung

Der Bedarf nach Betreuung in der städtischen Grundschulbetreuung steigt. Nach bisherigem Stand werden 42 Kinder im kommenden Schuljahr betreut. Der Betreuungsschlüssel und die vorhandenen Räumlichkeiten sind ausreichend.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 5.2 Umsetzung der Kita-Strategie-Standortplanung

Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen. Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Zu 5.2.1 Ertüchtigung Kindergarten Lilliput

Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen. Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 5.2.2 Erweiterungsbau Kindergarten Lummerland

Die stellv. Vorsitzende Dreßler verweist auf die Vorlage. Seitens der Verwaltung wird auf die Interessenbekundung zur Besichtigung des Kindergartens Rotenhof hingewiesen und bei Interesse um Anmeldung bei Herrn Hoffmann gebeten.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende

Beschlussempfehlung für die Stadtvertretung:

Der Sperrvermerk der für den Erweiterungsbau beim Kindergarten Lummerland im Finanzplan des Haushaltes 2019 unter 36511.0900000, Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen, eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1.900.000,00 € und für die eingestellte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.400.000,00 € für 2020 wird aufgehoben.

Zu 5.2.3 Neubau Kita Farbklecks

Die stellv. Vorsitzende Dreßler erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldung.

Stadtvertreter Reichelt bittet um Erläuterung einer möglichen Gewinnerwirtschaftung durch die Brücke und einer Heimfallklausel. Seitens der Verwaltung wird dargestellt, dass die Brücke mit dem Betrieb des Kindergartens keine Gewinne erwirtschaften wird und die Heimfallklausel vertraglich geregelt ist. Im Falle eines Trägerwechsels fällt die Trägerschaft auf die Stadt Büdelsdorf.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V. Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbauvertrages zu der im Wohngebiet Brandheide-Nord im B-Plan Nr. 30 für den Kita-Neubau vorgesehenen Grundstücksfläche (Gemarkung Borgstedt, Flur 6, Flurstück 61/34 tlw.) aufzunehmen und dem Ausschuss die Ergebnisse in der nächsten Sitzung vorzulegen.

5.3 Sachstand zur Neuordnung der Kita-Finanzierung SH

Die stellv. Vorsitzende Dreßler verweist auf die Vorlage und bittet die Verwaltung um Erläuterung. Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Erwartungen der Kommunen auf finanzielle Entlastung mit der Neuordnung der Kita-Finanzierung voraussichtlich

nicht erfüllt werden. Herr Hoffmann erläutert den aktuellen Sachstand und die Eckpunkte der Neuordnung der Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein anhand der Präsentation.

Die Präsentation, die Bewertung des Städteverbandes und die des Kreises RD-Eck sind der Niederschrift als Anlage 3, 4 und 5 beigelegt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 6. Anschreiben/Eingabe vom 21.02.2019 zum Wirken des Dichters Gustav Frenssen in der Zeit des Nationalsozialismus

Die stellv. Vorsitzende Dreßler verweist auf die Vorlage.

Nach eingehender Diskussion wird einmütig entschieden, das weitere Vorgehen zunächst vorab in den Fraktionen zu beraten und über die Entscheidung zur Umbenennung der „Gustav-Frenssen-Straße“ anschließend erneut im Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit zu beraten.

Zu 7. Antrag der CDU-Fraktion zur Jugendbeteiligung

Stadtvertreter Wensierski erläutert im Blick auf das allgemein schwindende Interesse an der Kommunalpolitik den Antrag der CDU auf Beteiligung der Jugendlichen gem. § 47 GO. Er verweist auf den Änderungsantrag vom 19.03.2019. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammenzuführen.

Zu 8. Anträge der SPD-Fraktion zur Jugendarbeit und Jugendbeteiligung

Stadtvertreter Hartig verweist auf die Anträge der SPD- und BWG-Fraktionen und begrüßt die Wiederaufnahme der Bürgermeistersprechstunde für Jugendliche. Wünschenswert wäre die Erstellung einer Konzeption unter Berücksichtigung folgender Punkte:

1. Jugendliche gezielt zu Sitzungen einladen
2. die Internetpräsenz erweitern
3. Einladungen zu einem runden Tisch mit den Fraktionen

Den Tagesordnungspunkten 7 und 8 schließt sich eine rege Diskussion an.

Stadtvertreter Wensierski bittet den Änderungsantrag der CDU dahingehend zu ändern, das der Punkt „zwischen den Schulleitungen der HHS und der ALS sowie Vertretern der örtlichen Parteien ist ein Konzept zur Einbeziehung politischer Themen in schulische Veranstaltungen zu erarbeiten“ aufgenommen wird, sowie die von der SPD und BWG vorgeschlagene alternative Formulierung für den Punkt 2 des Antrages gegen die eigene Formulierung auszutauschen. Stadtvertreter Hartig erklärt, dass die SPD dann ihren Antrag zurückzieht.

Übereinstimmend wird sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt und der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Gezielte Einladungen an Schülervertretungen der jeweiligen Schulen, um direkt an entsprechenden Sitzungen der Stadt teil nehmen zu können.
2. Die Stadt bereitet nach Möglichkeit unter Beteiligung Jugendlicher die Einladung zu einer Kinder- und Jugendversammlung vor, in der über aktuelle politische Entscheidungen vor Ort informiert wird, Fragen und Anregungen der Teilnehmenden aufgenommen werden und über die Möglichkeiten des Kennenlernens kommunalpolitischer Arbeit in Büdelsdorf und der Beteiligung daran informiert wird.
3. Die Stadt Büdelsdorf soll ihren Internetauftritt dahingehend erweitern, dass ein Bereich für die Kinder- und Jugendbeteiligung geschaffen wird, auf dem wichtige Informationen zu diesem Thema abgerufen werden können.
4. Zwischen den Schulleitungen der HHS und der ALS sowie Vertretern der örtlichen Parteien ist ein Konzept zur Einbeziehung politischer Themen in schulische Veranstaltungen zu erarbeiten.

Zu 9. Benennung der Erschließungsstraße im westlichen Bereich des B-Planes 52 "Am Dolmen"

Die stellv. Vorsitzende Dreßler verweist auf die Vorlage und bittet um weitere Vorschläge für einen Straßennamen.

Es werden folgende Vorschläge gemacht:

1. „Am Erdbeerfeld“
2. „Am Wall“

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Erschließungsstraße im westlichen Bereich des B-Planes „Am Dolmen“ auf der Fläche des ehemaligen „Erdbeerfeldes“ wird

„Neuer Wall“

benannt.

Nichtöffentlicher Teil:

Zu 10. Personalangelegenheit

- Wird nur für die Mitglieder der Stadtvertretung ausgedruckt. -

Öffentlicher Teil:

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt

Zu 11. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Bekanntgabe des Beschlusses entfällt aufgrund der fehlenden Besucher.

Zu 12. Informationen

12.1 Anträge Heinrich-Heine-Schule

Die Protokollführerin informiert über Anträge der Heinrich-Heine-Schule. Der Verwaltung liegt ein Antrag auf Herstellung eines Raucherschulhofes und ein Antrag auf Anbringen von Außenjalousien für die nördlich ausgerichteten Schulklassen vor. Über die Anträge wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses beraten.

12.2 Lenkungsgruppe Kulturentwicklungsplanung

Es liegt eine Einladung der Stadt Rendsburg zur Bildung einer Lenkungsgruppe zur gemeinsamen Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Abschlussberichts zur gemeinsamen Kulturentwicklungsplanung im Wirtschaftsraum Rendsburg vor. Seitens der Verwaltung wird die Lenkungsgruppe durch Frau Albert-Thomsen unterstützt. Von Seiten der Politik erklärt Herr Hartig sich bereit, die Lenkungsgruppe zu unterstützen. Die Unterzeichnerin verweist auf den Kulturentwicklungsplan. Dieser ist unter der Homepage der Stadt Rendsburg unter dem Link:

<https://www.rendsburg.de/bildung- und-kultur/Kulturentwicklungsplanung.html>

einzusehen.

12.3 Sanierung Laufbahn Eiderstadion

Die Durchführung der Sanierung der Laufbahn und der Versetzung der Dreisprungbalken im Eiderstadion wurde als Maßnahme im Haushalt 2019 eingeplant. Die bereits im vergangenen Jahr beantragten Fördergelder (Kreis RD-ECK 20.000 € / Land SH 59.500 €) wurden erfreulicherweise inzwischen bewilligt.

Der Finanzierungsplan stellt sich aktuell wie folgt dar:

Eigenmittel Stadt Büdelsdorf	[30 %]	33.500 EUR
Zuschuss Kreis RD-ECK (Sportstättenförderrichtlinie)	[18 %]	20.000 EUR
Zuschuss Land SH (Spielfeld- und Laufbahnförderrichtlinie)	[52 %]	59.500 EUR
Gesamtkosten -brutto-		113.000 EUR

Zusätzlich wurde noch ein Förderantrag bei der Entwicklungsagentur (GEP) gestellt, um den Eigenanteil der Stadt möglichst auf 10% senken zu können. Die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn liegt vor und die Ausschreibung der Leistungen nach VOB wurde gestartet. Die Ausführungsfrist ist wie folgt vorgesehen: 17.06.2019 bis 10.08.2019. Während dieser Zeit wird das Eiderstadion einschl. A-Platz für alle Nutzungen gesperrt. Die Sportvereine werden hierüber schriftlich informiert.

12.4 Maßnahmen und Förderanträge der Sportvereine Stand März 2019

Es liegen mehrere Zuschussanträge von Büdelsdorfer Sportvereinen für verschiedene und z.T. sehr umfangreiche Vorhaben vor:

Verein	Maßnahme / Volumen	beantragter Zuschuss
Wassersportvereinigung an der Eider Büdelsdorf (WVB)	Neubau der Steganlage und Einbau einer Neuen Heizungstherme Vereinsheim / ca. 12.500 €	1.500 - 2.000 €
Büdelsdorfer Yachtclub (BYC)	Erneuerung und Modernisierung der Steganlage / ca. 130.000 €	10.000 €
Büdelsdorfer Tennisclub (BTC)	Errichtung einer Traglufthalle zur saisonalen Überdachung von 2 Tennisfeldern / ca. 200.000 €	10.000 €
BTSV	Errichtung einer BMX- Wettkampfbahn in Büdelsdorf / ca. 60.000 - 80.000 €	? / Bereitstellung einer geeigneten Freifläche als Standort

Der Ausschuss erkennt die Leistungen der Büdelsdorfer Sportvereine in hohem Maße an, sieht aber insgesamt angesichts der dringenden Notwendigkeit zur stringenten Haushaltskonsolidierung grundsätzlich keine Möglichkeiten zur Gewährung städtischer Zuschüsse. Es wird sich darauf verständigt, den Vereinen erst nach Abschluss der Beratungen über die Haushaltskonsolidierung 2019 ff. abschließend Mitteilung zu machen. Die Verwaltung wird gebeten, die betreffenden Sportvereine entsprechend in Kenntnis zu setzen.

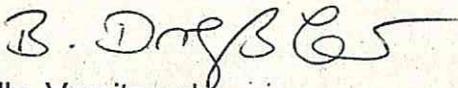
12.5 Familientag RD / LBF am 15.05.2019 Mehrzweckhalle Mastbrook

Am 15.05.2019 findet in der Mehrzweckhalle Mastbrook in Rendsburg von 15.00 - 18.00 Uhr ein Familientag des Lokalen Bündnisses für Familien, u.a. mit zahlreichen Mitmachaktionen für Kinder und einem Elterncafé, statt. Die Stadt Büdelsdorf ist noch ideeller Partner des Lokalen Bündnisses und unterstützt die Veranstaltung mit einem Zuschuss i.H.v. 250 € sowie mit der Bewerbung der Veranstaltung über Plakate.

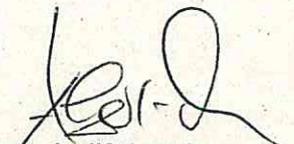
Zu 13. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Es wird die Frage gestellt, warum Straßenumbenennungen nicht im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beraten werden. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Umbenennung mit der Straßennamenerteilung einhergeht und diese dem Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit anhängig ist.

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr



stellv. Vorsitzende
Dreßler



Protokollführerin
Albert-Thomsen